

Bensberger Gespräche ***28.-30. Januar 2008 in Bensberg***

Tagungsdokumentation
Dokumentation: Dr. Kai Dreisbach

Mittwoch, 30. Januar

Der Programmpunkt „**Report from Central Asia – All a Question of Perspective?**“ musste entfallen.

Dafür sprang *Herr Michael Laubsch, Leiter der Eurasian Transition Group und Zentralasien-Experte, Bonn*, kurzfristig ein mit einem Erfahrungsbericht seiner Arbeit.

Was er mit Zentralasien verbinde? Hier, so Michael Laubsch auf die einleitende Frage von Cornelia Rabitz, müsse er ins Englische wechseln, wo die Region nicht nur als *Central Asia*, sondern auch als *Eurasia* bezeichnet werde. Dieser Begriff impliziere eine Brückenfunktion Zentralasiens zwischen Europa und Asien, die, so hoffe er, die Region in Zukunft auch einmal ausfüllen werde.

Das Massaker von Andijan

Zunächst betonte Laubsch, dass er, anders als Galima Bukharbaeva [die ursprünglich an diesem Programmpunkt vorgesehen war], nicht Augenzeuge des Massakers von Andijan in Usbekistan gewesen sei. Die *European Transition Group* sei aber zusammen mit anderen NGOs in der Zeit nach den Vorfällen in der Region tätig geworden. In diesem Kontext sei darauf hinzuweisen, dass die Bewertung der Vorfälle in Andijan – zumal in Zentralasien – eine Frage der Perspektive sei. Die Interpretation der Machthaber unterscheide sich dabei beträchtlich von der Sichtweise der betroffenen Bevölkerung. Auf Basis der Auswertung zahlreicher Augenzeugenberichte durch die *Eurasian Transition Group* stelle sich für ihn, so der Referent, eine Rekonstruktion der Ereignisse in Andijan wie folgt dar:

Die Wurzeln des Aufstands liegen in einem Gerichtsverfahren gegen 23 lokale Geschäftsleute, die von den usbekischen Sicherheitsorganen der Unterstützung einer islamistisch-fundamentalistischen Untergrundbewegung beschuldigt wurden. Im Anschluss an die Verhaftung der Geschäftsleute und während des gegen sie angestrebten Prozesses kam es immer wieder zu friedlichen Demonstrationen vor dem Justizpalast in Andijan. Am 12. Mai 2005, dem letzten Tag der Beweisaufnahme und der angekündigten Urteilsverkündung, hatten sich ungefähr 2.000 Demonstranten vor dem Justizpalast versammelt. Dann jedoch verschob das Gericht die Urteilsverkündung auf unbekannte Zeit und es kam zu einer Gewalteskalation in der Stadt. Etwa 50 männliche Demonstranten stürmten eine Polizeiwache und eine Militärkaserne, um nunmehr bewaffnet zum Gefängnis von Andijan zu ziehen, wo sie die Angeklagten und weitere Gefangene befreiten. Im Anschluss besetzte die Gruppe das Gebäude der Lokalregierung und nahmen dort tätige Beamte als Geiseln. Am Morgen des 13. Mai strömten immer mehr Menschen auf den zentralen Platz von Andijan, um – nach Zeugenaussagen friedlich – gegen die politischen

und sozialen Verhältnisse zu protestieren. Die Staatsmacht reagierte martialisch – Truppen wurden zusammengezogen und Scharfschützen auf den umliegenden Dächern postiert. Am Abend begannen die Sicherheitskräfte, wahllos in die Menge zu schießen – hierbei starben nach Schätzungen unabhängiger Quellen zwischen 500 und 800 Menschen.

Reaktionen der usbekischen Regierung und des Westens

Die Antwort des Regimes von Islam Karimov in Taschkent habe in massiven Repressionen bestanden, erläuterte Laubsch. Verwandten von getöteten oder geflohenen Demonstranten sei jede Unterstützung verwehrt und die Militärpräsenz an den Grenzen zu den Nachbarstaaten in der Folge der Ereignisse von Andijan massiv ausgebaut worden; es seien Landminen verlegt, Geheimdienstmitarbeiter in Flüchtlingslager jenseits der Grenzen geschleust, Reisende im ganzen Land kontrolliert worden. Begründet hätte das Regime in Taschkent dieses harte Vorgehen mit dem Argument, die Demonstrationen seien gesetzeswidrig gewesen. Kritik aus dem Ausland konterten die Machthaber mit der Aussage "Ausländische Moral ist schädlich für unser Land." Konsequenterweise seien, so Laubsch, die in Usbekistan tätigen NGOs in der Folgezeit verschärften Kontrollen unterworfen und vielen Medienvertretern die Akkreditierung entzogen worden.

Die Reaktion des Auslands auf die Vorgänge in Usbekistan sei allerdings durchaus zwiespältig einzuschätzen, betonte der Referent. Die EU habe im November 2005 Sanktionen gegen Usbekistan beschlossen – beispielsweise ein Einreiseverbot für usbekische Offizielle, ein Embargo für Waffenlieferungen an Usbekistan und eine Aussetzung der technischen Hilfe. Diese Sanktionen seien auf ein Jahr beschränkt, ihre Aufhebung an Verbesserungen in der usbekischen Menschenrechtspolitik gekoppelt gewesen. Laubsch hob hervor, die Bundesregierung hätte bereits 2006 eine Aufhebung der Sanktionen gefordert mit der Begründung, Gespräche mit der usbekischen Seite hätten substantielle Fortschritte in der Menschenrechtsfrage erbracht, was sich zum Beispiel in der Abschaffung der Todesstrafe durch Taschkent gezeigt hätte. Diese Position sei in der EU zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht mehrheitsfähig gewesen. Bezüglich des Umgangs mit Usbekistan habe es in Brüssel schwer zu vereinbarende Standpunkte von "idealistischen" – etwa die Niederlande, Großbritannien oder die skandinavischen Staaten – und "pragmatischen" Staaten wie Deutschland gegeben. Hierbei habe die deutsche Seite, fuhr der Referent fort, die Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zu Usbekistan betont, um die in der Entwicklung befindliche Zentralasienstrategie der EU, den Stützpunkt der Bundeswehr in Termiz sowie eine zukünftige Diversifizierung der Öl- und Gasversorgung Europas nicht zu gefährden. So habe etwa Außenminister Steinmeier erklärt, dass die Menschenrechtsfrage nicht immer im Vordergrund stehen müsse. 2007 seien dann die Sanktionen gegen Usbekistan auch aufgehoben worden. Genutzt habe dies der EU jedoch nicht viel, betonte Laubsch. Im Hinblick auf die Ausnutzung der Öl- und Gasvorkommen in Zentralasien besäßen Russland und China weiterhin die besten Optionen. Die EU werden von zentralasiatischer Seite als Spielball benutzt, um gegenüber diesen beiden Mächten besser taktieren zu können.

Bürgergesellschaften in Zentralasien

Eine Bürgergesellschaft, erklärte Laubsch, sei gekennzeichnet durch die Existenz einer unabhängigen Presse und Justiz, einen Rechtsstaat, die Achtung der Menschenrechte, durch Bildung und die Förderung von Oppositionsparteien. In diesem Kontext sagten die Diktatoren der zentralasiatischen Staaten immer, ihre Länder seien noch nicht so weit, und verböten sich daher eine Einmischung von außen. Gerade vor diesem Hintergrund sei es aber vonnöten, dass westliche Institutionen im Bereich des Aufbaus von Zivilgesellschaften in Zentralasien aktiv tätig würden. Zwar gebe es bereits einige Projekte, an diesen nähmen aber auch durchaus fragwürdige und dubiose Personen aus dem Dunstkreis der Machthaber teil. Eine konsequente Förderung von Bürgergesellschaften muss nach Ansicht Laubschs jedoch absolute Priorität genießen – gelänge es nicht, in den Staaten der Region

Zivilgesellschaften zu etablieren, dann bestünde die Gefahr, dass Al-Qaida in der Region enorm an Einfluss gewinne.

Usbekistan und die anderen Staaten Zentralasiens, so Laubsch resümierend, seien und blieben in hohem Maße krisengefährdete Länder. Ethnische Vielfalt und wirtschaftliche Disparitäten, aber auch ein mögliches Machtvakuum nach dem Tod der herrschenden Diktatoren oder der Kampf um die Ressource Wasser böten genügend Sprengstoff, um auch zukünftig die Stabilität dieser Länder zu bedrohen. Die Staaten Zentralasiens blieben demnach auch in absehbarer Zeit Spielbälle der Weltmächte.